

Inhaltliche Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse in den Phänomenbereichen Rechts- und Linksextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates , Islamismus und sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

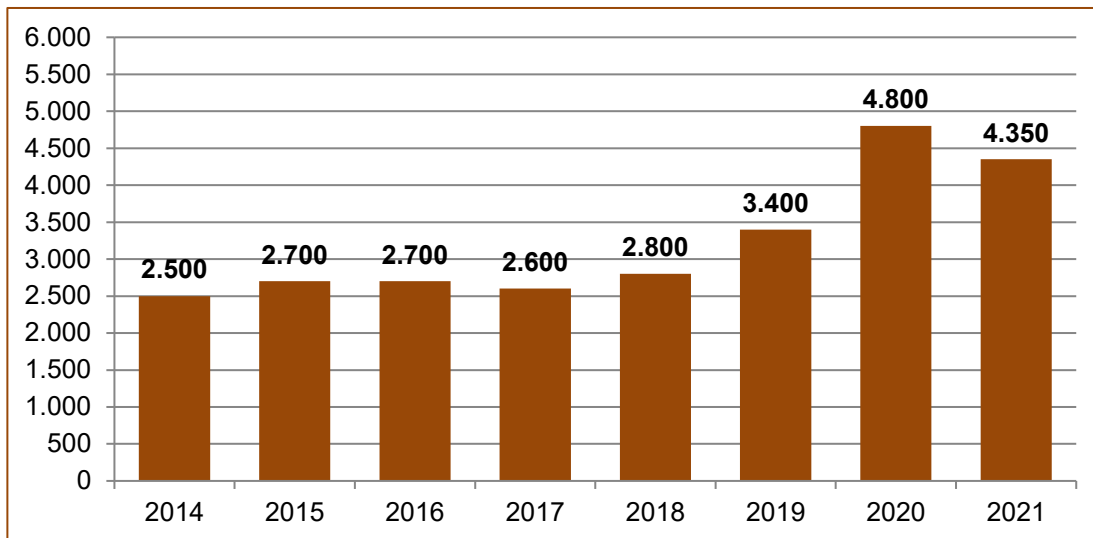
I. RECHTSEXTREMISMUS

A. Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen belief sich im Jahr 2021 auf insgesamt 4.350 Personen. Es fällt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich ab (2020: 4.800). Hintergrund dafür ist eine Gerichtsentscheidung aus dem Jahr 2022 hinsichtlich der Beobachtung eines Personenzusammenschlusses innerhalb einer Partei. Dass die Zahl dadurch nicht deutlicher gesunken ist, liegt insbesondere an der hohen Anzahl von Anhängern der rechtsextremistischen Partei FREIE SACHSEN¹. Diese Gruppierung wurde im Berichtsjahr neues Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen.

¹ Hinsichtlich der Mitgliederzahlen der Partei FREIE SACHSEN ist es wahrscheinlich, dass Mehrfachmitgliedschaften zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien bestehen. Diese konnten für das Berichtsjahr nicht ausdifferenziert berücksichtigt werden.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Das rechtsextremistische Personenpotenzial wird bundesweit nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst. Dieses Kategoriensystem untergliedert sich dementsprechend in die Bereiche:

- 1. parteigebundener Rechtsextremismus,**
- 2. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen und**
- 3. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.**

Rechtsextremistische Parteien ²	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen ³	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ⁴
2021: ca. 1.420 2020: ca. 1.830	2021: ca. 930 2020: ca. 970	2021: ca. 2.000 2020: ca. 2.000

DER FLÜGEL ⁵ 2020: ca. 1.400	NEONATIONALSOZIALISTEN 2021: ca. 600 2020: ca. 600
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 2021: ca. 240 2020: ca. 250	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN (in Strukturen) 2021: ca. 260 2020: ca. 310
JUNGE NATIONALISTEN (JN) 2021: ca. 40 2020: ca. 40	IDENTITÄRE BEWEGUNG 2021: ca. 50 2020: ca. 40
DER DRITTE WEG 2021: ca. 140 2020: ca. 140	PEGIDA 2021: ca. 20
FREIE SACHSEN 2021: ca. 1.000	

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen nach Organisationsgrad gegliedert

Von den rund 4.350 Rechtsextremisten werden in Sachsen ca. 1.550 als gewaltorientiert eingestuft (2020: 1.700; 2019: 2.000). Zu den gewaltorientierten Rechtsextremisten zählen Personen, die Gewalt befürworten, die Anwendung von Gewalt unterstützen oder gewaltbereit bzw. als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Hintergrund des Rückgangs ist die im langfristigen Vergleich weiterhin sinkende Zahl der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass auch das Berichtsjahr 2021 durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie wesentlich geprägt war. So fanden Großereignisse, welche regelmäßig rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten nach sich ziehen, nicht oder jedenfalls nicht im üblichen Umfang statt. Auch dieser Umstand wirkt sich auf die Gesamtzahl der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten aus, ohne dass von ihm generell auf eine Verringerung der Gewaltbereitschaft geschlossen werden kann. Zum einen begehen Rechtsextremisten nach wie vor Gewalttaten und es sind auch weiterhin Strukturen gewaltbereiter Rechtsextremisten festzustellen. Zum anderen muss konstatiert werden, dass

² Die Partei DIE RECHTE verfügt über keine Strukturen im Freistaat Sachsen. Mehrfachmitgliedschaften sind möglich

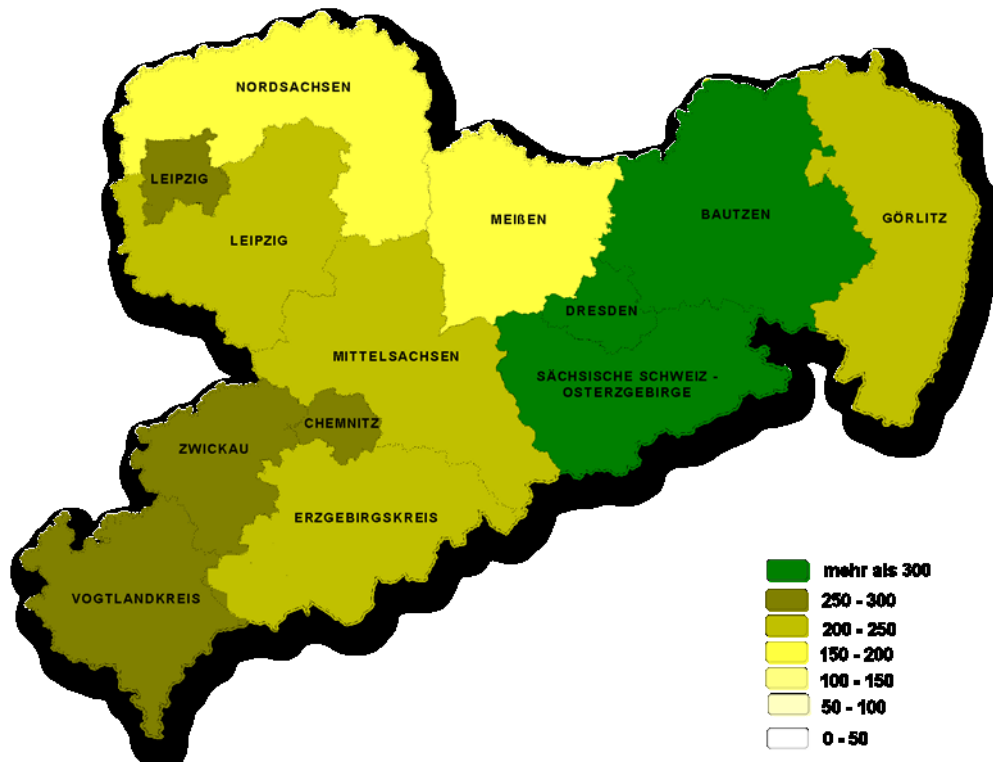
³ Mehrfachmitgliedschaften sind möglich

⁴ Dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial werden Rechtsextremisten zugeordnet, die keiner Partei oder Organisation zugerechnet werden können, wie beispielsweise rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter.

⁵ Der FLÜGEL war im Berichtsjahr 2020 bis einschließlich 30. April 2020 eine erwiesene extremistische Bestrebung.

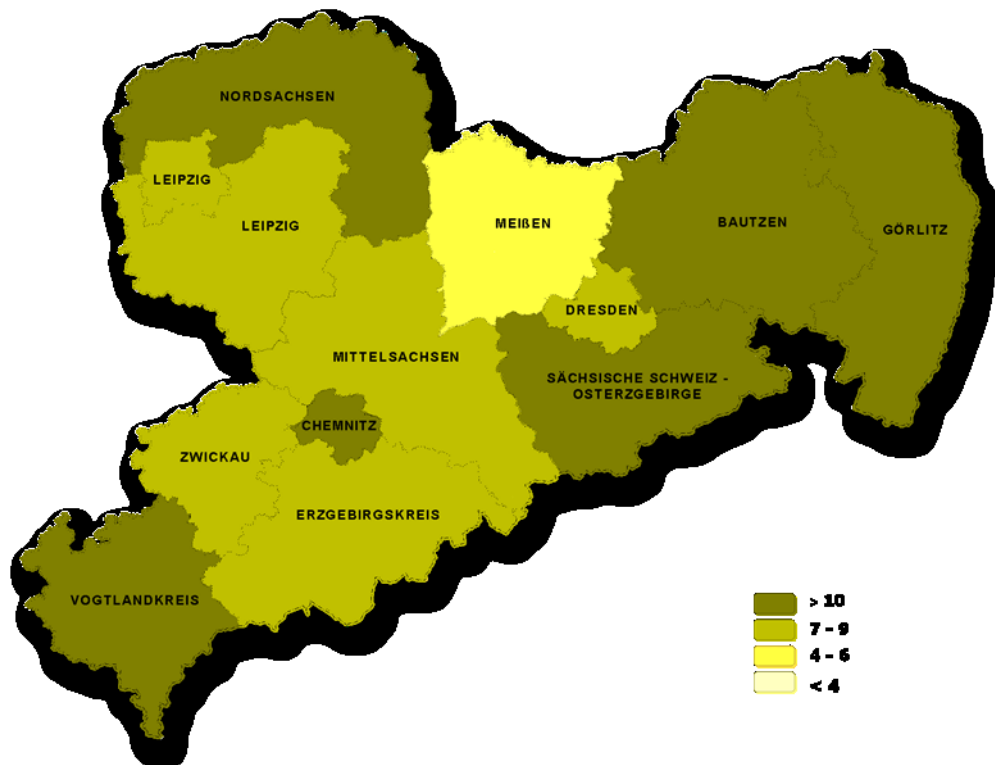
viele Gewalttaten, die im Zusammenhang mit Anti-Corona-Demonstrationen zu verzeichnen waren, bislang keinem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten. Die Bedeutung dieser Veranstaltungen für die rechtsextremistische Szene und ggf. stattfindende Radikalisierungsverläufe, auch in den Rechtsextremismus hinein, werden sich erst mittelfristig zeigen. Gleichwohl ist aber im langfristigen Trend seit dem Jahr 2015 eine rückläufige Entwicklung der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten feststellbar, welche nicht auf pandemiebedingte Auswirkungen zurückgeführt werden kann (2021: 81, 2020: 73; 2019: 67; 2018: 138; 2017: 95; 2016: 145; 2015: 201).

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten in absoluten Zahlen⁶



⁶ Ohne Anhänger der Partei FREIE SACHSEN; eine Zuordnung der Anhänger dieser Gruppierung zu den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städte war strukturell nicht darstellbar.

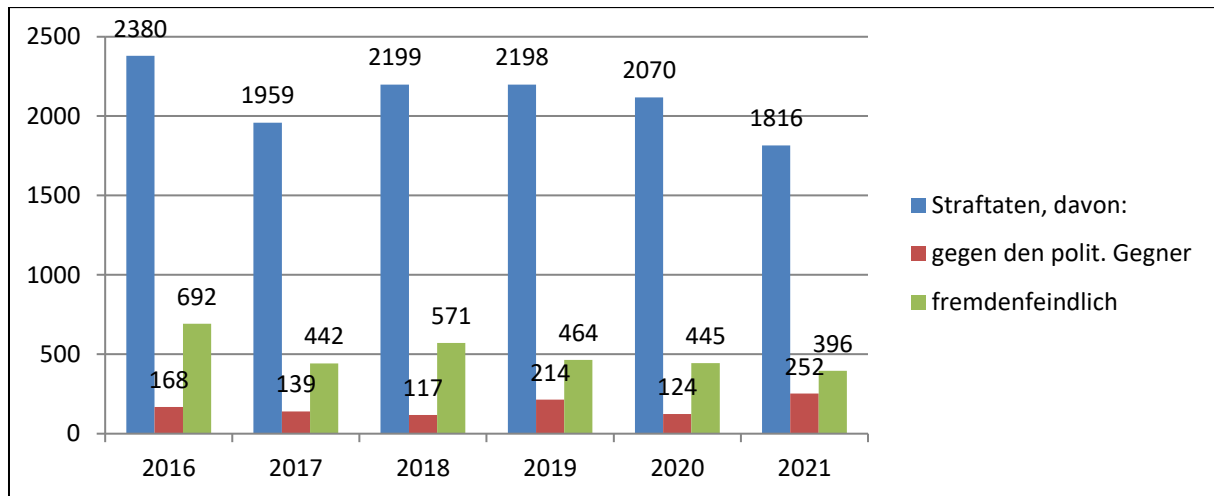
Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 10.000 Einwohner⁷



⁷ Ohne Anhänger der Partei FREIE SACHSEN

B. Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Rechtsextremistische Straftaten insgesamt



Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund war im Berichtsjahr weiterhin rückläufig.

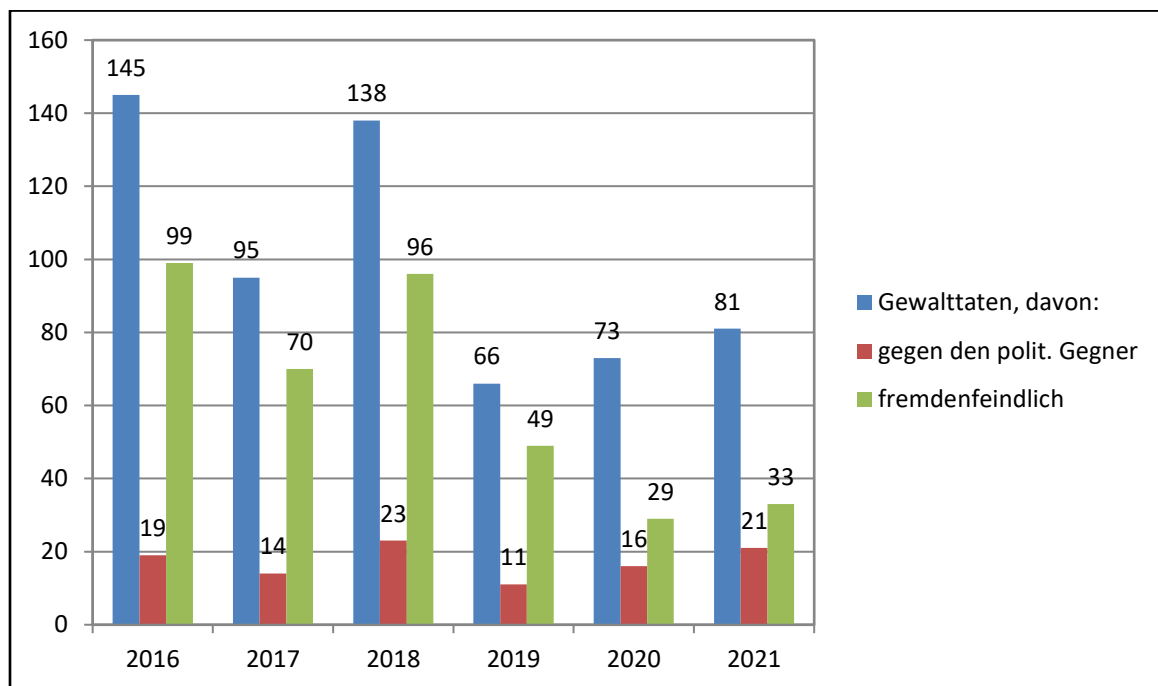
Im Wahljahr 2021 erreichten die Straftaten gegen den politischen Gegner nicht nur den bisherigen Höchststand des Jahres 2019 (Wahlen zum Sächsischen Landtag), sondern überstiegen diese Zahl noch einmal um ca. 18 %.

Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten sank in 2021 erneut um elf Prozent und lag damit erstmals seit langem unter der Marke von 400.

Propagandadelikte, wie Volksverhetzung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, machten mit 69 % wie in den Vorjahren den weit überwiegenden Teil der rechtsextremistischen Straftaten aus (2020: 76 %).

Im Berichtsjahr war zudem eine mutmaßlich als terroristisch qualifizierte Straftat im Bereich des Rechtsextremismus zu verzeichnen. Es läuft insoweit ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gemäß § 89a StGB wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, das noch nicht abgeschlossen ist. Dabei schlossen sich mehrere Personen in der Telegram-Gruppe „Dresden OfflineVernetzung“ zusammen und tauschten sich zu „realweltlichen Widerstandshandlungen“ bis hin zu Phantasien in Bezug auf die Ermordung des Sächsischen Ministerpräsidenten aus.

Rechtsextremistische Gewalttaten⁸ als Teilmenge der Straftaten



Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht gestiegen.

Der Anteil der Gewalttaten am Gesamtaufkommen der Straftaten hat sich mit 4,5 % ebenfalls erneut leicht erhöht (2020: 3,5 %). Damit war bereits wieder die Hälfte des zu Spitzenzeiten im Jahr 2015 bei neun Prozent liegenden Anteils erreicht.

Obwohl die Asylthematik für Rechtsextremisten weiterhin eine hohe Bedeutung hat und im Berichtsjahr durch die über die Belarus-Route nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge erneut auf der Tagesordnung stand, blieb der Anteil der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten bei ca. 40 % aller Gewaltstraftaten (vor 2020: 60 bis 75 %).

Der in den Vorjahren hohe Anstieg des Anteils rechtsextremistischer Gewalttaten gegen Polizisten (von ca. 7,5 % in 2019 auf ca. 29 % in 2020) konsolidierte sich im Berichtsjahr und lag nunmehr bei 32 %. Die insoweit ähnliche Lage wie in 2020 dürfte erneut mit dem Corona-Protestgeschehen zusammenhängen.

Unter den Gewalttaten befanden sich 50 (2020: 48) Delikte der einfachen und gefährlichen Körperverletzung. Dieser wiederum hohe Anteil zeigt, dass sich rechtsextremistische Aggression primär durch körperliche Gewalt gegen andere Menschen entlädt.

Regionale Verteilung

Die regionale Verteilung der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten stellte sich im Jahr 2021 wie folgt dar:

⁸ Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u. a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu auch unter www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts.html (Stand: 7. Juni 2021)

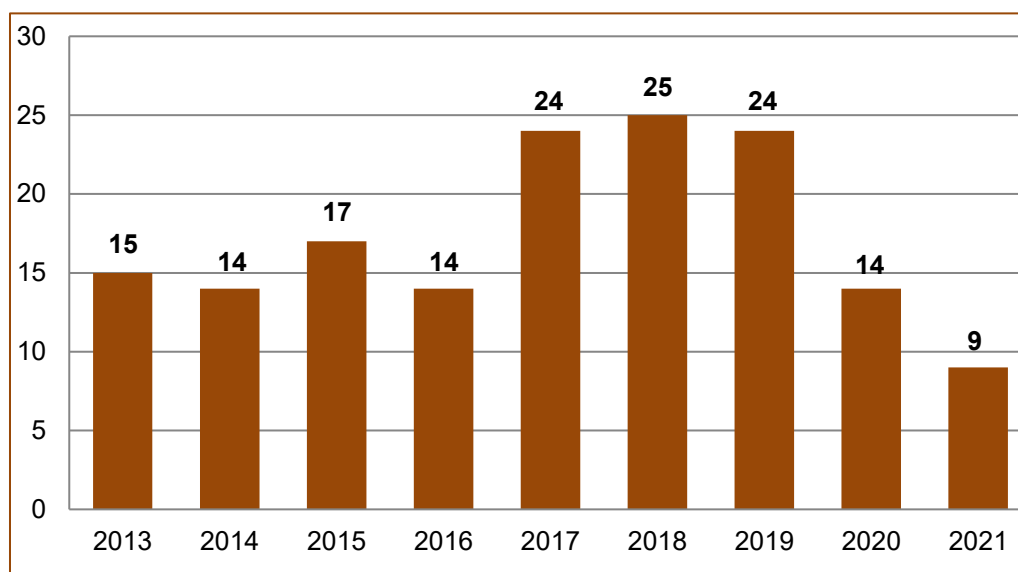
	rechtsextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Leipzig (Stadt)	251	277	246	7	18	15
Dresden (Stadt)	366	294	237	16	19	11
<u>Region Westsachsen</u>						
Chemnitz-Stadt	171	150	154	8	6	3
Vogtlandkreis	97	90	84	2	1	3
Lkr. Zwickau	127	163	169	5	6	7
Erzgebirgskreis	120	148	125	2	2	11
<u>Region Mittelsachsen</u>						
Lkr. Mittelsachsen	150	100	114	5	2	3
Lkr. Meißen	94	89	55	0	0	2
Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	115	131	72	5	7	4
<u>Region Ostsachsen</u>						
Lkr. Bautzen	187	165	129	4	2	3
Lkr. Görlitz	197	165	122	2	4	0
<u>Region Nordsachsen</u>						
Lkr. Leipzig	183	185	206	6	4	12
Lkr. Nordsachsen	140	113	103	5	2	7
Freistaat Sachsen	2.198	2.070	1.816	67	73	81

C. Entwicklung hinsichtlich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen

Die Entwicklung der rechtsextremistischen Musikszene im Freistaat Sachsen war im Berichtsjahr maßgeblich durch die Corona-Beschränkungen beeinträchtigt. Wie im Jahr zuvor wurden geplante Konzerte entweder abgesagt oder fanden unter entsprechenden Einschränkungen mit reduzierter Teilnehmerzahl statt. Darüber hinaus konnten einzelne konspirativ organisierte Konzerte bzw. Liederabende festgestellt werden.

So hat sich im Berichtsjahr coronabedingt mit insgesamt neun Konzerten (2020: 14) und 16 Liederabenden bzw. sonstigen Musikveranstaltungen (2020: 22) die Anzahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im Freistaat Sachsen weiter verringert.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



D. Wesentliche Entwicklungen im Berichtsjahr 2021

Ausbau der Anschlussfähigkeit von rechtsextremistischen Ideologieelementen an nicht-extremistische Personenkreise / Zunehmende Bedeutung der sozialen Medien für die Vernetzung von Rechtsextremisten

Vom Rechtsextremismus geht bundesweit und insbesondere auch im Freistaat Sachsen weiterhin die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Die verstärkte Nutzung sozialer Medien sowie von Messenger-Diensten und die damit verbundenen überregionalen Vernetzungen führen zu einer anlassbezogenen hohen Reaktions- und Mobilisierungsgeschwindigkeit im rechtsextremistischen Spektrum. Zudem ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Rechtsextremisten bestärken einander zunehmend in geschlossenen Chat-Gruppen in den sozialen Medien in ihren Überzeugungen und entwickeln dort Revolutions- und Verschwörungsphantasien. Damit einhergehend ist eine immer weiter sinkende Hemmschwelle zur Gewaltanwendung zu konstatieren. Insbesondere vor dem Hintergrund des Corona-Protestgeschehens wurden die Aktivitäten von Rechtsextremisten im virtuellen und auch im realweltlichen Raum erkennbar. Sie missbrauchten die Pandemie für die Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie und den Ausbau ihrer Anschlussfähigkeit an nicht-extremistische Personenkreise.

Mit der Einstufung von PEGIDA und der Partei FREIE SACHSEN prägen zwei neue Beobachtungsobjekte die Tätigkeit des LfV Sachsen bei der Beobachtung rechtsextremistischer Strukturen im Freistaat Sachsen

Die FREIEN SACHSEN sind eine als Partei organisierte Gruppierung von Neonationalsozialisten, NPD-Funktionären und weiteren Szeneangehörigen oder -sympathisanten. Sie verfügen über keine nennenswerten Organisationsstrukturen und Personalressourcen, entfalten aber durch den gezielten Einsatz der sozialen Medien eine enorme Wirkungsmacht.

Die Aktivitäten der FREIEN SACHSEN richten sich gegen den Bestand des Bundes. So streben sie mehr Autonomie für Sachsen an und wollen notfalls den „Säxit“. Ihr Ziel sei es gerade nicht, *„eine weitere politische Organisation als Konkurrenz zu bereits Bestehenden zu sein, sondern allen bestehenden Gruppen und auch einzelnen Aktivisten ein gemeinsames Dach zu bieten, unter dem die Kräfte wirkungsvoll gebündelt und Aktivitäten (z. B. Demonstrationen, Netz- und Öffentlichkeitsarbeit) koordiniert werden, ohne dass die Einzelnen sich einer fixen Doktrin unterwerfen müssen.“* So fordert die Partei FREIE SACHSEN in ihrem Programm: *„Mehr Autonomie und notfalls der Säxit“.*

Die FREIEN SACHSEN gründeten sich am 26. Februar 2021 in Schwarzenberg (Erzgebirgskreis). In Führungsfunktionen wurden die bekannten Rechtsextremisten Robert ANDRES (Chemnitz) und Stefan HARTUNG (Erzgebirgskreis) gewählt. Martin KOHLMANN übernahm den Vorsitz. So soll die Bürgerbewegung PRO CHEMNITZ, deren Vorsitzender KOHLMANN ebenfalls ist, weiterhin auf die Stadt Chemnitz ausgerichtet sein. Die FREIEN SACHSEN verstehen sich hingegen als ein auf ganz Sachsen ausgerichteter Zusammenschluss.

Die FREIEN SACHSEN verstehen sich seit ihrer Gründung als *„Sammlungsbecken aus verschiedensten freiheitlichen und patriotischen Initiativen“*. Es ist der Partei innerhalb kürzester Zeit gelungen, neben verschiedenen extremistischen Akteuren auch die gesellschaftliche Mitte zu erreichen. Über die Anti-Corona-Proteste, die Asylthematik und schlussendlich jedes beliebige Thema mit Empörungspotenzial (z. B. Klimapolitik) könnten sich die FREIEN SACHSEN dauerhaft als mobilisierungsstarkes Sammelbecken für die verbliebenen Mitglieder und Sympathisanten der NPD oder anderer rechtsextremistischer Gruppierungen herauskristallisieren sowie auch nicht-extremistische Personenkreise dauerhaft ansprechen.

Die FREIEN SACHSEN werden auch weiterhin die unangefochtene „Anti-Corona-Mobilisierungsmaschine“ in den sozialen Medien bleiben. Sie lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und wollen sie überwinden. Politische Entscheidungsträger auf Landes- und Bundesebene werden durch Martin KOHLMANN, Stefan HARTUNG und die weiteren Vorstandsmitglieder dieser Partei auch künftig diffamiert und verächtlich dargestellt werden – in der virtuellen wie der realen Welt.

Durch ihre verfassungsfeindliche Propaganda in den unmoderierten „Echokammern“ der sozialen Medien höhlen sie das Vertrauen ihrer Mitglieder, Anhänger und Follower in den Staat und seine Institutionen aus.

Die FREIEN SACHSEN wollen aber nicht auf der Stelle verharren, sondern ihre Macht über die Wirkkraft sozialer Medien hinaus ausbauen. So streben sie bei den im Jahr 2022 anstehenden Kommunalwahlen Erfolge an und werden deshalb neben Landratskandidaten auch Bürgermeisterkandidaten aufstellen. Interessant wird sein, ob die Kandidaten als jene der FREIEN SACHSEN oder versteckt als parteilose Kandidaten antreten und erst nach den Wahlen ihre Maske fallen lassen. Der Verfassungsschutz wird hier genau hinschauen und seine Funktion als „Frühwarnsystem“ wahrnehmen.

Die FREIEN SACHSEN wollen aus dem politischen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland „austreten“ („Säxit“) und lehnen überdies die Demokratie als Staatsform ab.

Am 19. März 2015 wurde der Verein „**PEGIDA** Förderverein e.V.“ beim Amtsgericht Dresden eingetragen. Er wird vertreten durch den Vorstand, dessen Mitglieder u. a. Lutz BACHMANN und Siegfried DÄBRITZ sind.

Neben einer fremden- und insbesondere islamfeindlichen Ideologie, die z. B. durch die Pauschalisierung von Straftaten von Personen mit Migrationshintergrund deutlich wird, werden Beiträge verbreitet, die an die antisemitisch konnotierte Verschwörungstheorie zum „Great Reset“ bzw. „Großen Austausch“ angelehnt sind. Im Berichtsjahr stand die Kritik an den staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang unterstellte PEGIDA, dass Deutschland zu einer Diktatur geworden sei. Sowohl auf Veranstaltungen als auch in den sozialen Medien wurden demokratische Institutionen und politische Entscheidungsträger permanent verächtlich gemacht.

Grundtenor der PEGIDA-Redebeiträge sind diffamierende Aussagen über politisch Verantwortliche. PEGIDA-Funktionsträger stellen die Bundesrepublik Deutschland außerdem mit Diktaturen wie dem Nationalsozialismus oder der DDR gleich. Durch ständige Wiederholungen sind solche Gleichstellungen inzwischen zum festen Narrativ von PEGIDA avanciert.

PEGIDA selbst hat sich im Verlauf ihres Bestehens eine immer stärkere rechtsextremistische Ausrichtung gegeben. In aller Öffentlichkeit werden unverhohlenen Positionen propagiert, die mit dem Wertekanon des Grundgesetzes unvereinbar sind. Dazu gehört, dass der Parlamentarismus permanent verächtlich gemacht und das Rechtsstaatsprinzip abgelehnt werden. Außerdem finden sich in den Redebeiträgen regelmäßig minderheitenfeindliche und muslimfeindliche Äußerungen. PEGIDA verfolgt dabei zielgerichtet die Strategie, mit extremistischer Programmatik immer tiefer in die Mitte der Gesellschaft einzudringen und einen ideologischen Schulterschluss zwischen der rechtsextremistischen Klientel und den politisch indifferenten Teilen der Gesellschaft herbeizuführen. Dabei orientieren sich die maßgeblichen PEGIDA-Akteure an einem bewährten Verhaltensmuster: Politische Ereignisse mit Empörungspotenzial dienen als Initialzündung für Großveranstaltungen, mit denen vor allem Personen aus der Mitte der Gesellschaft erreicht werden sollen. Insbesondere durch das Bereitstellen der PEGIDA-Bühne für rechtsextremistische (Gast-)Redner fungiert PEGIDA wie ein „Scharnier“ zwischen Extremisten und Nicht-Extremisten. Einer weiteren Entgrenzung des Rechtsextremismus und einem Übergreifen verfassungsfeindlicher Positionen auf die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft wird dadurch Vorschub geleistet. Eine wichtige Rolle spielt PEGIDA inzwischen bei der Vernetzung der neurechten Szene.

PEGIDA ist weiterhin eine Protestinitiative insbesondere gegen die Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa. Vor allem durch die Verbreitung von Meldungen über Straftaten von Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere von Asylbewerbern, in sozialen Netzwerken und auf PEGIDA-Veranstaltungen wird beständig eine feindliche Stimmung gegen diese Personengruppen erzeugt. Außerdem werden politische Institutionen und Entscheidungsträger diffamiert und verächtlich gemacht. Während bei PEGIDA-Veranstaltungen in den ersten Jahren hohe vierstellige Teilnehmerzahlen unter Beteiligung der gesellschaftlichen Mitte erzielt werden konnten, folgte mit der zunehmenden verbalen Radikalisierung von PEGIDA auch ein Rückgang der Teilnehmerzahlen aus eben dieser gesellschaftlichen Mitte.

II. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

A. Personenpotenzial

Der sehr heterogenen Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr rund 1.900 Personen zugerechnet. Das sind etwa 850 Personen mehr als im Berichtsjahr 2020.

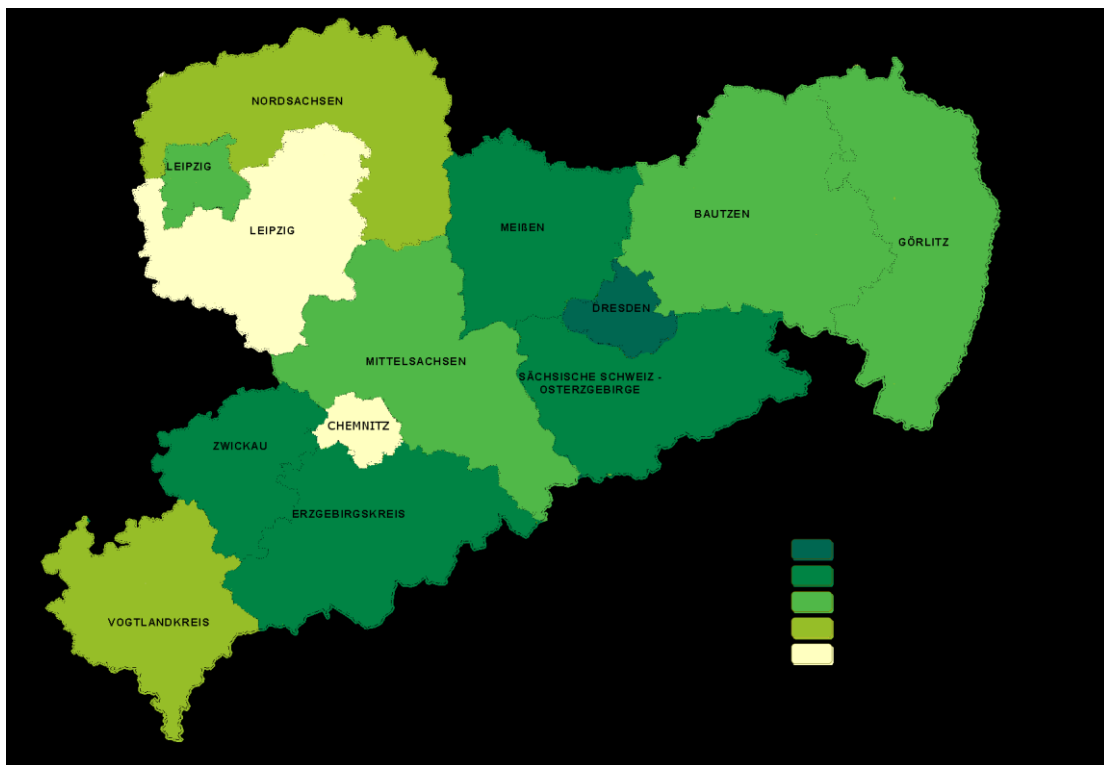
Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug rund fünf Prozent und ist damit leicht rückläufig, der Anteil der Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse beläuft sich auf 0,73 % (2020: 1,0 %).

Seit dem 1. Dezember 2016 wurden REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN – auch auf Grundlage der Erkenntnisse des LfV Sachsen – insgesamt 104 waffenrechtliche Erlaubnisse durch die Behörden entzogen.

Im Berichtszeitraum nahm die Zahl der Personen, die der Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER zugerechnet werden, stark zu. Dieser Anstieg ist vor allem im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu betrachten. Die fortlaufenden Corona-Beschränkungen boten Verschwörungstheoretikern – darunter häufig auch REICHSBÜRGER – im Berichtsjahr einen ergiebigen Rahmen für das Ausleben ihrer kruden Theorien sowie für deren Verbreitung insbesondere auch in den sozialen Medien. Zudem wird die Aufklärung der Szene durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesbehörden fortwährend verbessert und das Dunkelfeld dadurch zunehmend erhellt.

Die soziodemographische Struktur der Szene weist im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen Besonderheiten auf. So ist der Frauenanteil mit rund 30 % verhältnismäßig hoch. Wegen des deutlich höheren Altersdurchschnitts von rund 50 Jahren wird bei REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN auch von einer „Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte“ gesprochen.

Verteilung nach Landkreisen⁹



B. Wesentliche Entwicklungen im Berichtsjahr 2021

Die GEMEINWOHLKASSE DRESDEN wurde von Peter FITZEK, Gründer der Reichsbürgergruppierung KÖNIGREICH DEUTSCHLAND, im April 2021 in der Filiale einer Dresdner Bäckerei eröffnet. Damit entfaltete die ursprünglich in Sachsen-Anhalt beheimatete Gruppierung KÖNIGREICH DEUTSCHLAND im Berichtsjahr erstmals Aktivitäten auch in Sachsen. Nach dessen Auffassung stehe „das althergebrachte Bankensystem“ vor seinem Ende. Die GEMEINWOHLKASSE DRESDEN solle als eine Alternative zu den nach Lesart des KÖNIGREICHES DEUTSCHLAND ausgedienten Banken „freiheitsbewegten Menschen“, die dem Königreich angehören, zur „wirtschaftlichen und finanziellen Unabhängigkeit“ verhelfen. Durch die darüber hinaus bekannt gewordenen Aktivitäten des VATERLÄNDISCHEN HILFSDIENSTES sowie neuer Personenzusammenschlüsse sind die öffentlichen Aktivitäten von REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN im Berichtsjahr insgesamt weiter angestiegen. Dazu zählten sowohl ihre Beteiligung am Corona-Protstgeschehen als auch reichsbürgertypische Verhaltensweisen. Beispiele hierfür waren die pseudo-juristische Vertretung von Mandanten gegenüber staatlichen Institutionen durch den REICHSVERBAND DEUTSCHER RECHT-KONSULENTEN und die Etablierung von Strukturen parallel zu real-existierenden staatlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen. Grundsätzlich war in 2021 eine zunehmende Vernetzung von Anhängern der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER in Sachsen festzustellen. Dies galt vorrangig für Chatgruppen im virtuellen Raum, in denen sich REICHSBÜRGER austauschten und auch Verschwörungserzählungen teilten. Allerdings waren zunehmend auch realweltliche Anlaufpunkte und Veranstaltungen festzustellen. Beispielhaft seien hier die sog. „Hilfsdiensttreffen“ des VATERLÄNDISCHEN HILFSDIENSTES oder auch die sog. „Lerngruppen-treffen“ zu nennen.

⁹ Diese Graphik beinhaltet nicht das Personenpotenzial von REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN, welches sich ausschließlich in überregionalen Chatgruppen in den sozialen Medien darstellt.

III. VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES

Die Corona-Pandemie stellt auch den Freistaat Sachsen seit Anfang des Jahres 2020 vor enorme Herausforderungen. Zu diesen gehört die Instrumentalisierung der Pandemie und der damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Diese Alltagseinschränkungen für die Bevölkerung wurden im Berichtsjahr von Extremisten im Sinne ihrer verfassungsfeindlichen Agenda interpretiert und missbraucht.

In der Folge wurden insbesondere seit Frühjahr 2021 demokratische Entscheidungsfindungsprozesse und Institutionen bzw. Repräsentanten der Legislative, Exekutive und Judikative zielgerichtet massiv verächtlich gemacht. Diese Aktionsform der Delegitimierung ist neu und Ausdruck einer verfassungsfeindlichen Einstellung, weil sie dem Ziel dient, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen.

Wegen der Zunahme derartiger verbaler Angriffe auf die Grundpfeiler unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtete das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im April 2021 als Konsequenz daraus den „neuen“ Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ mit dem zugeordneten Beobachtungsobjekt DEMOKRATIEFEINDLICHE UND/ODER SICHERHEITSGEFÄHRDENDE DELEGITIMIERUNG DES STAATES ein.

In Abgrenzung zu Rechtsextremisten oder REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN ist bei Akteuren der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ grundsätzlich kein ideologischer Hintergrund und keine ausgrenzende Fixierung auf die eigene ethnokulturelle Identität festzustellen.

Am 2. Dezember wurde die Gruppierung BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021 dem Beobachtungsobjekt DEMOKRATIEFEINDLICHE UND/ODER SICHERHEITSGEFÄHRDENDE DELEGITIMIERUNG DES STAATES zugeordnet, nachdem dieser Personenzusammenschluss aufgrund erster Hinweise zunächst dem Beobachtungsobjekt REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER zugerechnet worden war.

Insbesondere im Rahmen ihres Online-Auftrittes nutzt die Gruppierung das Stilmittel der Emotionalisierung. Durch die Verbreitung von Desinformationen zur Corona-Pandemie sowie zu den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser und insbesondere zur Coronaschutzimpfung instrumentalisiert und schürt die BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021 die Ängste und Verunsicherung der Menschen, um ihr Ziel zu erreichen, die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Institutionen des Staates verächtlich zu machen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat von Grund auf zu erschüttern.

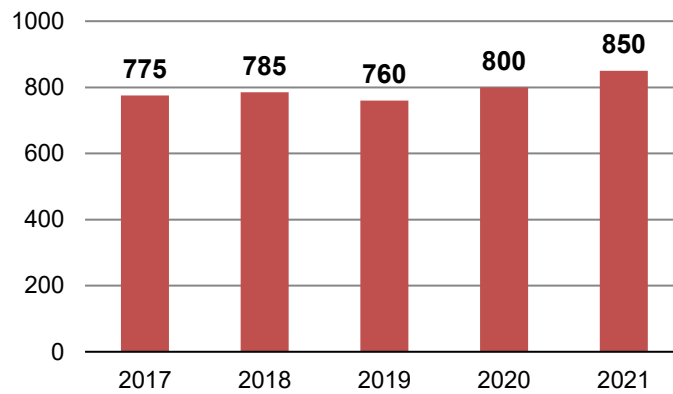
Extremisten des neuen Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates ist zu eigen, dass

- deren Aktivitäten darauf abzielen, das Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat zu erschüttern, indem sie sich auf ein vermeintliches Widerstandsrecht berufen, mit dem bewusst die Hemmschwelle Dritter abgesenkt und tatsächlich nicht legitimierte Widerstandshandlungen dieser Dritten befördert werden sollen,
- sie Amts- und Mandatsträgern zumindest indirekt Gewalt androhen,
- sich auf Verschwörungstheorien berufen,
- sie den Sturz des Systems herbeiführen wollen
- und sich dabei nicht eindeutig einem anderen Phänomenbereich zuordnen lassen.

IV. LINKSEXTREMISMUS

A. Personenpotenzial

Linksextremisten im Freistaat Sachsen im Jahr 2021



**Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen
insgesamt: ca. 850
(2020: ca. 800)**

Gewaltorientierte Linksextremisten / AUTONOME	ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen
2021: ca. 520 2020: ca. 465	2021: ca. 240 ¹⁰ 2020: ca. 225 ¹¹	2021: ca. 90 2020: ca. 110

davon u. a.

ANARCHISTEN 2021: ca. 80 2020: ca. 65
ROTE HILFE e. V. (RH) 2021: ca. 550 ¹² 2020: ca. 500 ¹³

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind nach wie vor die weitaus meisten Linksextremisten aktiv.

¹⁰ ohne Mehrfachmitgliedschaften

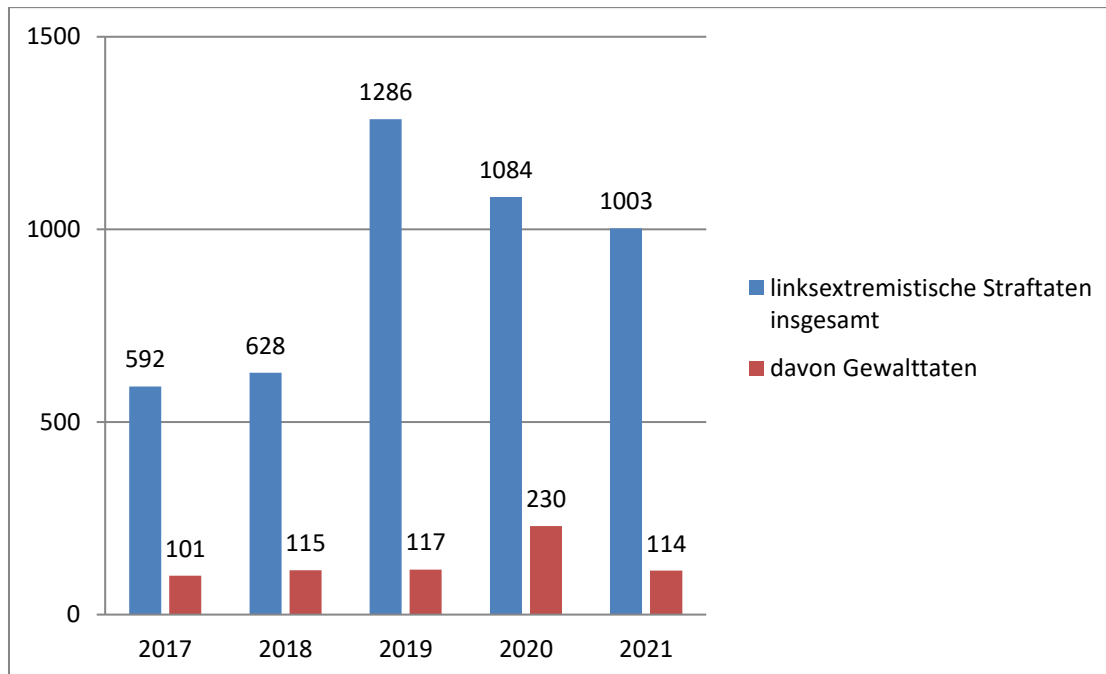
¹¹ ohne Mehrfachmitgliedschaften

¹² Mit Mehrfachmitgliedschaften; Das bedeutet die Mitgliedschaft einer Person in mehreren extremistischen Gruppierungen/Organisationen gleichzeitig.

¹³ mit Mehrfachmitgliedschaften

B. Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Wie schon in den Vorjahren wurden die meisten der linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in den Städten Leipzig und Dresden – den Zentren der AUTONOMEN SZENE in Sachsen – verübt. Dabei ist festzustellen, dass von diesen Städten nur Leipzig dem sachsenweiten Trend folgte: Dort war ein deutlicher Rückgang der Straf- und Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Für Dresden ergibt sich hingegen ein uneinheitliches Bild. Während die Zahl der Gewalttaten ebenfalls sank, stiegen die linksextremistischen Straftaten an und lagen damit 2021 über dem Straftatenaufkommen in Leipzig. In den Landkreisen lag das Straftatenaufkommen weiterhin auf niedrigem Niveau.

In den drei Großstädten wurden etwa 76 % aller linksextremistischen Straftaten begangen (2020: ca. 82 %). Hauptsächlich handelte es sich hierbei um Sachbeschädigungen. Verantwortlich für diese rückläufige Entwicklung waren mutmaßlich die coronabedingten Einschränkungen sowie zahlreiche, als „Repression“ empfundene Maßnahmen der Polizei insbesondere in Leipzig.

Das Gewalttatenaufkommen entwickelte sich in den Großstädten unterschiedlich. In Leipzig und Dresden war jeweils ein Rückgang zu verzeichnen. In Chemnitz blieb die Zahl hingegen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Insgesamt 92 % aller Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund wurden in Leipzig, Dresden und Chemnitz registriert (2020: ca. 96 %). Die meisten dieser Gewaltdelikte richteten sich gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole sowie gegen den politischen Gegner.

Straftaten, Aufteilung nach Regionen

	linksextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Leipzig (Stadt)	356	472	327	57	165	80
Dresden (Stadt)	348	335	386	33	53	24
<u>Region Westsachsen</u>						
Chemnitz-Stadt	86	78	45	10	0	1
Vogtlandkreis	30	12	21	2	2	0
Lkr. Zwickau	57	32	32	3	0	0
Erzgebirgskreis	24	14	36	0	0	0
<u>Region Mittelsachsen</u>						
Lkr. Mittelsachsen	74	30	41	2	1	2
Lkr. Meißen	77	16	14	2	0	0
Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	34	4	20	0	0	0
<u>Region Ostsachsen</u>						
Lkr. Bautzen	49	29	13	3	1	1
Lkr. Görlitz	65	20	25	0	1	0
<u>Region Nordsachsen</u>						
Lkr. Leipzig	52	30	28	4	6	2
Lkr. Nordsachsen	34	12	15	1	1	4
Freistaat Sachsen	1268	1084	1003	117	230	114

C. Wesentliche Entwicklungen im Berichtsjahr 2021 im Hinblick auf die AUTONOME SZENE im Freistaat Sachsen

Ähnlich wie im Vorjahr war das Berichtsjahr 2021 durch ein insgesamt hohes Aktionsniveau und eine hohe Aktionsintensität der AUTONOMEN SZENE gekennzeichnet.

Die für das Berichtsjahr prägenden Entwicklungen im Bereich Linksextremismus, wie die hohe Gewaltbereitschaft insbesondere in Teilen der Leipziger Szene und das anhaltend hohe Niveau klandestiner Aktionen in den sächsischen Großstädten Leipzig und Dresden, werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch im Jahr 2022 bestimmend für das Handeln der linksextremistischen Szene in Sachsen sein. Dies gilt ebenfalls für die Konzentration der politischen Arbeit auf die Themenfelder „Antirepression“, „Antifaschismus“ und „Antigentrifizierung“.

Themenfeld „Antirepression“

Das Themenfeld „Antirepression“, insbesondere der Prozess gegen die Linksextremistin Lina E., besaß 2021 für die bundesweite AUTONOME SZENE eine herausragende Bedeutung und führte zu zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Sachsen. Der Prozess gegen die vier Angeklagten wird in der bundesweiten AUTONOMEN SZENE als Zeichen einer sich verstärkenden Repression des Staates („Verfolgungswelle“) gegen linke Strukturen wahrgenommen.

Überragende Bedeutung wird 2022 daher der Fortgang des Prozesses gegen die Angeklagten im Verfahren des Generalbundesanwaltes wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Abs. 1 StGB) haben. Angehörige der AUTONOMEN SZENE werden sich weiter mit Solidaritätsbekundungen, Spenden und einer kontinuierlichen Prozessbegleitung für die aus ihrer Sicht „politische Gefangene“ Lina E. einsetzen. Sie werden zudem weiter versuchen, die am Prozess beteiligten Ermittlungsbehörden zu delegitimieren und den Prozess als deren „politisch motivierten“ Kampf gegen die „antifaschistische Bewegung“ darzustellen. Im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung ist erneut mit einer bundesweit beworbenen Großdemonstration zu rechnen, die nicht zwangsläufig unfriedlich verlaufen muss, aber – abhängig vom Ausgang des Verfahrens – Eskalationspotenzial bieten wird.

Themenfeld „Antifaschismus“

Die „Faschisierung“ der Gesellschaft nimmt nach Lesart von Linksextremisten „extreme Ausmaße“ an, was sich u. a. an „faschistischen Vernetzungen“ innerhalb der Sicherheitsbehörden des Staates zeige. So habe der Staat mit zahlreichen polizeilichen Ermittlungsverfahren, Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen stärker als bislang die „radikale Linke“ bekämpft, hingegen im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus nahezu keine Aktivitäten entfaltet. Diese sich „zuspitzende Repression“ rechtfertige Militanz und „antifaschistischen Selbstschutz“.

Für AUTONOME bleibt die Ausübung von Gewalt sowohl zur Durchsetzung politischer Ziele als auch als Symbolhandeln zentral. Sie geht mit einer sinkenden Hemmschwelle einher, Gewalt nicht nur gegen Sachen, sondern auch gezielt gegen Menschen auszuüben. Die Serie von Übergriffen auf vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten, die mit massiver Gewalt attackiert wurden, setzte sich zwar nicht im gleichen Maße fort. Gleichwohl waren mitunter auch schwere Angriffe auf den politischen Gegner festzustellen. Besonders hervorzuheben ist dabei ein Angriff am 11. März in Eilenburg (Landkreis Nordsachsen).

Abhängig von der politischen Ereignislage wird der Kampf gegen den politischen Gegner auch weiterhin Szeneangehörige der autonomen Antifa in- und außerhalb der Großstädte mobilisieren können. Die AUTONOME SZENE hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie bei Aufzügen, Übergriffen oder Anschlägen durch Rechtsextremisten schnell mit Protestaktionen reagieren und dabei auf bundesweite Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen kann.

Dementsprechend wird es von der öffentlichen Präsenz des politischen Gegners in Sachsen abhängen, wie häufig und in welcher Größenordnung AUTONOME sich an Protestveranstaltungen gegen den politischen Gegner beteiligen.

Themenfeld „Antigentrifizierung“

Ein weiteres zentrales Themenfeld für AUTONOME in allen urbanen Zentren des Landes bleibt der Kampf gegen die sog. Gentrifizierung. Leipziger AUTONOME verkündeten einen „Sommer der Besetzungen“, der aber trotz zahlreicher Besetzungsversuche in Leipzig, Dresden und Chemnitz weder zu einer dauerhaften Besetzung eines Objektes noch zu nennenswerten Aktivitäten im Zuge von Räumungen („Tag X“-Demonstrationen) führte. Das Themenfeld bleibt aber absehbar insbesondere für jüngere Szeneangehörige von besonderer Bedeutung. Insgesamt scheinen durch das Ereignisgeschehen jene Kräfte innerhalb der AUTONOMEN SZENE gestärkt worden zu sein, die der Überzeugung sind, der „strukturellen Gewalt“ von Staat und Kapital mit Gegengewalt begegnen zu müssen. Nur mittels Gewalt hätte aus deren Sicht z. B. das Thema Mietsteigerungen auf die politische Agenda gebracht werden können.

Radikalisierungs- und Spaltungstendenzen

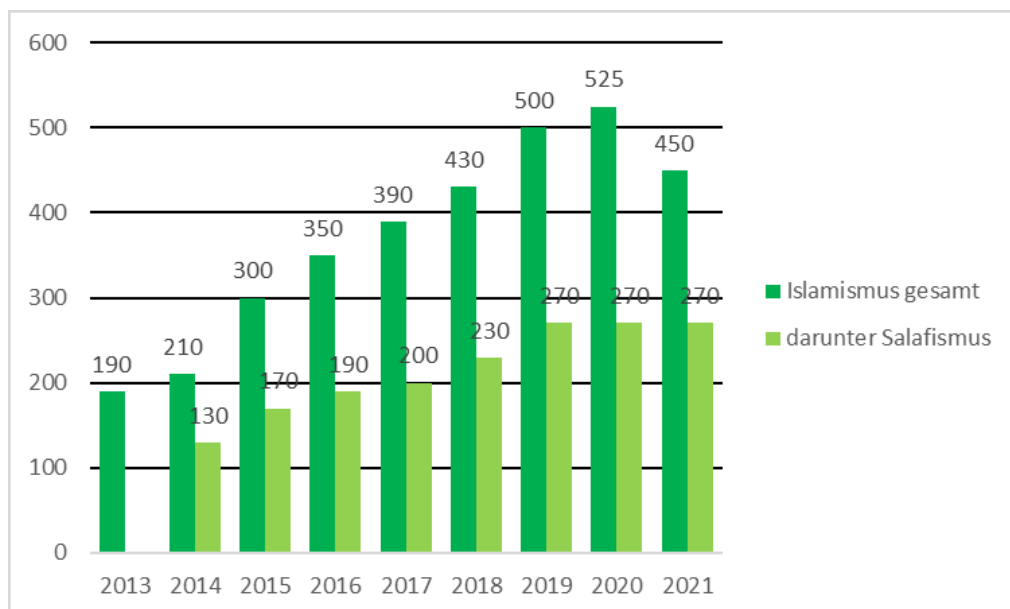
Für das Berichtsjahr bleibt es bei der Einschätzung der Vorjahre, wonach sich ein Teil der linksextremistischen Szene, der sich insbesondere im Bereich der AUTONOMEN ANARCHISTEN in Leipzig verorten lässt, radikalisiert hat. Es ist von einem sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Prozess der Radikalisierung auszugehen, der nicht alle Personen und Strukturen der AUTONOMEN SZENE gleichermaßen betrifft und der innerhalb der Szene vorhandene Spaltungstendenzen, z. B. zwischen „Altautonomem“ und jüngeren zugezogenen Szeneangehörigen, verstärkt. Jüngere Szeneangehörige interessieren sich verstärkt für anarchistische Ideologiefragmente. Darunter sind insbesondere eine Lebenshaltung der „permanenten Attacke“ gegen den Staat sowie ein kompromissloser Kampf für Freiräume zu verstehen. Sie entfernen sich damit ideologisch und aufgrund ihrer hohen Gewaltbereitschaft von älteren, vorwiegend antifaschistisch orientierten AUTONOMEN.

Die AUTONOME SZENE LEIPZIG wird innerhalb des Freistaates Sachsen weiter eine herausragende Bedeutung besitzen und der Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt bleiben. Sie verfügt mittlerweile auch bundesweit über eine Anziehungskraft, die grundsätzlich zu weiteren Zuzügen von auswärtigen Szeneangehörigen und entsprechenden Reisebewegungen bei Veranstaltungen führen wird.

V. ISLAMISMUS

A. Personenpotenzial

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen¹⁴



Wie in den Vorjahren bewegt sich das **islamistische** Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau. Verglichen mit 2020 ergab sich im Berichtsjahr eine Reduzierung auf etwa 450 Personen. Dieser Rückgang lässt sich u. a. mit den pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen und einem damit einhergehenden geringeren Erkenntnisaufkommen erklären.

Das **salafistische** Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials stagnierte im Freistaat Sachsen mit etwa 270 Personen auf vergleichsweise geringem Niveau. Es umfasst sowohl politische als auch jihadistische Salafisten.

Im Berichtsjahr gingen im LfV Sachsen weiterhin zahlreiche Hinweise auf salafistische Sachverhalte ein. Die Spannweite reichte hierbei von Verleumdungen bis hin zu wertigen und relevanten Informationen. Die hohe Anzahl dieser Meldungen ist u. a. auf die stärkere Sensibilisierung deutscher Behörden wie auch der Gesellschaft im Allgemeinen zurückzuführen.

¹⁴ Das salafistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen wird erst seit dem Jahr 2014 gesondert erhoben, sodass für die Jahre zuvor diesbezüglich keine Werte vorliegen.

B. Erscheinungsformen des Islamismus und Aktivitäten

Legalistischer Islamismus

In Deutschland – und damit auch im Freistaat Sachsen – tritt die MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB) nicht offen in Erscheinung, wird aber von Organisationen, wie der DEUTSCHEN MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFT (DMG), als Teil einer weltweiten „islamischen Bewegung“ angesehen. Eine weitere Organisation aus dem Spektrum der MB ist die SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE (SBS).

Die DMG ist die wichtigste und zentrale Organisation der Anhänger der MB in Deutschland. Bis September 2018 nannte sie sich ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND. Die Umbenennung in DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT soll die Verbundenheit ihrer Mitglieder mit Deutschland suggerieren.

- **DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT (DMG)**

Die DMG tritt gegenüber Politik, Behörden und zivilgesellschaftlichen Partnern als dialogbereiter Vertreter eines gemäßigten, weltoffenen Islam auf. Sie verfolgt eine gewaltfreie, an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich, vermeidet bei öffentlichen Auftritten bewusst verfassungsfeindliche Äußerungen und jedwedes Bekenntnis zur MB. Zahlreiche nach außen hin verschleierte Verbindungen zwischen hochrangigen DMG-Funktionären und namhaften ausländischen Muslimbrüdern verdeutlichen jedoch die Zugehörigkeit der DMG zum weltweiten MB-Netzwerk.

Mit dieser Taktik verfolgt die DMG das Ziel, mittel- bis langfristig eine führende und im Sinne islamistischer Zielvorstellungen relevante Einflussgröße zu werden. Die DMG richtet sich somit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Die DMG unterhält eigene Moscheen und Gemeindezentren und koordiniert darüber hinaus nach eigenen Angaben ihre Aktivitäten mit über 100 weiteren islamischen Gemeinden in ganz Deutschland. In Sachsen ist die DMG nicht offiziell vertreten.

- **SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE GuG (SBS) / MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E.V.**

Vorstand, alleinvertretender Geschäftsführer und somit Entscheidungsträger der SBS ist Dr. Saad ELGAZAR. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass er der MB zuzuordnen ist. Die SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE GUG (SBS) hat ihren Hauptsitz unter der gleichen Anschrift in Dresden wie das MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E.V., dessen Vorsitzender ebenfalls Dr. Saad ELGAZAR ist.

Es liegen daher Anhaltspunkte für Kontakte der SBS zur MB bzw. DMG vor.

Die SBS versteht sich als „multikulturelle und religionsübergreifende Einrichtung“ sowie als Bindeglied zwischen sächsischer Bevölkerung und „muslimischen Einwanderern“. Mit ihrer Hilfe soll diesen Migranten die Integration erleichtert werden. Durch zunächst seriös wirkende Angebote für Muslime versuchte die SBS, insbesondere im ländlichen Raum extremistischen Einfluss auf die islamische Gemeinschaft zu erlangen und die mit der Doppelstrategie („Wolf im Schafspelz“-Strategie) der MB oder der DMG einhergehenden extremistischen Ziele umzusetzen.

Die Nähe ELGAZARS zur MB bzw. zur HAMAS konnte auch im Berichtsjahr beobachtet werden. Im April verfasste und veröffentlichte er auf seiner Facebook-Seite einen anti-israelischen Artikel. Anlass dafür war zum einen der Gedenktag zur – laut islamischer Überlieferung – Änderung der Gebetsrichtung bzw. der Gebetsnische von der al-Aqsa-

Moschee in Jerusalem zur Kaaba in Mekka im Jahr 624. Zum anderen thematisierte ELGAZAR die durch die Corona-Pandemie bedingte vorübergehende Schließung der al-Aqsa-Moschee im März durch israelische Behörden. ELGAZAR nutzte diese Ereignisse, um unter seiner Anhängerschaft eine anti-israelische Stimmung zu erzeugen. Die Schließung der Moschee sei *„eine einmalige Gelegenheit für die Regierung der zionistischen Entität, um ihren verbrecherischen Willen...durchzusetzen, während sich die ganze Welt mit den Nachrichten über die wilde Pandemie beschäftigt...“*. Des Weiteren leide die al-Aqsa...*„nicht nur unter der Corona-Pandemie, sondern auch unter mehreren aufeinanderfolgenden Epidemien, wie die Epidemie der Siedler, die mit Hilfe der Besatzungsspeere nicht aufhören, sie (die Moschee) zu stürmen...“*

Auffällig ist, dass ELGAZAR in seinem gesamten Artikel nicht von „Israel“ oder „israelischer Regierung“ schreibt, sondern ausschließlich Begriffe wie *„die zionistische Entität“*, *„Regierung der zionistischen Entität mit ihrem verbrecherischen Willen“* oder *„Siedler“* verwendet. Dieses Vokabular wird u. a. auch in der HAMAS-Gründungscharta von 1988 bzw. der HAMAS-Charta von 2017 verwendet. Es zielt darauf ab, die Existenz Israels zu leugnen sowie Hass auf Israel zu schüren.

Auf der anderen Seite führte ELGAZAR auch im Jahr 2020 vielfältige Gespräche mit Vertretern des öffentlichen Lebens, um diese von der Friedfertigkeit des Islam zu überzeugen. Außerdem nutzte er Auftritte in der Öffentlichkeit zu diesem Zweck. So war er am 31. Oktober einer von rund zehn Teilnehmern einer nicht-extremistischen Kundgebung unter dem Motto „Islam gegen Terrorismus“ in Dresden. Sie fand in Reaktion auf die Tötung eines Touristen durch einen Islamisten in der Landeshauptstadt statt. Mit diesem Verhalten bediente er auch im Berichtsjahr die „Wolf-im-Schafspelz“-Strategie legalistischer Islamisten.

Politischer Salafismus

- **ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V.**

Sitz	Leipzig
Gründung	1995
Vorsitz	Hassan DABBAGH
Besucherzahlen	ca. 1.000 (wobei die Mehrheit nicht dem salafistischen Spektrum angehört)

Den Schwerpunkt salafistischer Strukturen im Freistaat Sachsen bildet seit Jahren der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE in Leipzig. Der Imam dieser Moschee, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Multiplikator des politischen Salafismus in Deutschland.

Trotz DABBAGHS Distanzierung von religiös motivierten Terrorakten sind seine Äußerungen geeignet, die Bildung von Parallelgesellschaften außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern und mittelbar Hass und Gewalt zu schüren.

Propagandaaktivitäten sind in Sachsen, ebenso wie im übrigen Bundesgebiet, das Hauptaktionsfeld der politischen Salafisten.

So verbreitete DABBAGH in seiner Funktion als Imam und Prediger der Al-Rahman-Moschee die salafistische Ideologie u. a. in den Freitagspredigten und dem täglich stattfindenden Koranunterricht in den Moscheeräumlichkeiten. Aufgrund der Corona-Beschränkungen war der Zutritt für die Gläubigen in die Al-Rahman-Moschee auch im Berichtsjahr nicht immer möglich. Freitagspredigten fanden schließlich nur in einem Zeitraum von wenigen Monaten statt. Gegen Ende des Jahres steigerte DABBAGH jedoch zumindest wieder seine Aktivitäten in der virtuellen Welt. So veröffentlichte er in sozialen Netzwerken und auf verschiedenen Internetportalen Freitagspredigten und Religionsunterricht aus den Räumen der Al-Rahman Moschee.

- **VOGTLÄNDISCH - ISLAMISCHES ZENTRUM – AL MUHADJIRIN E. V.**

Sitz	Plauen
Gründung	2008
Besucherzahlen	ca. 250 (wobei die Mehrheit nicht dem salafistischen Spektrum angehört, sondern ihren religiösen Pflichten nachkommt)

Ein weiterer salafistischer Schwerpunkt im Freistaat Sachsen ist die Al-Muhadjirin-Moschee in Plauen (Vogtlandkreis). Träger der Moschee ist der Verein VOGTLÄNDISCH-ISLAMISCHES ZENTRUM – AL-MUHADJIRIN.

Schon seit Mitte 2017 wurde dort auch im Rahmen von Lehrstunden die salafistische Ideologie verbreitet. Die Predigten, Lehreinheiten und Koranauslegungen wurden bis Mitte 2018 zusätzlich auf einem eigenen YouTube-Kanal veröffentlicht.

In den Argumentationsmustern fanden sich zahlreiche, für die salafistische Ideologie typische Merkmale. In den Verlautbarungen wird die freiheitliche demokratische Grundordnung – insbesondere der Rechtsstaat – abgelehnt. Die Zuhörer wurden stattdessen aufgefordert, sich an die Scharia zu halten. Die Demokratie und eine säkulare Gesellschaft seien Gründe für den vermeintlichen Niedergang der islamischen Gemeinschaft (umma). Im Berichtsjahr 2021 entfaltete die Moschee pandemiebedingt nur sehr eingeschränkte Aktivitäten.

Jihadistischer Salafismus

Im Berichtsjahr 2021 ereigneten sich in Sachsen keine islamistisch motivierten Anschläge, gleichwohl geht vom jihadistischen Salafismus weiterhin eine abstrakt hohe Gefährdungslage für die gesamte westliche Welt aus.

Terrororganisationen wie der IS und Al-Qaida werden weiterhin jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um an symbolträchtigen oder weichen Anschlagzielen terroristische Gewalttaten zu verüben, sei es durch autonome Kleingruppen oder durch Einzelpersonen. Denkbar sind aber auch hochkomplexe und professionell vorbereitete Terroranschläge.

Der Verfassungsschutz Sachsen wird im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeiten und tatsächlichen Möglichkeiten auch künftig alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um derartigen Gefahren frühzeitig zu begegnen.

VI. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON GRUPPIERUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG

A. Personenpotenzial

In Sachsen konnten sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug aus dem Bereich der kurdischen PKK, also dem linksextremistisch-separatistischen Bereich, festgestellt werden. Ihr Potenzial bewegt sich seit Jahren – so auch im Jahr 2021 – bei konstant ca. 160 Personen. Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen darunter.

Jedoch kann das Mobilisierungspotenzial der PKK, das insbesondere abhängig von den politischen Entwicklungen in der Türkei ist, die oben aufgeführte tatsächliche Anhängerzahl der PKK deutlich überschreiten. Zu dem Kreis der Mobilisierten zählen beispielsweise regelmäßig auch Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum.

B. Politisch motivierte Kriminalität –

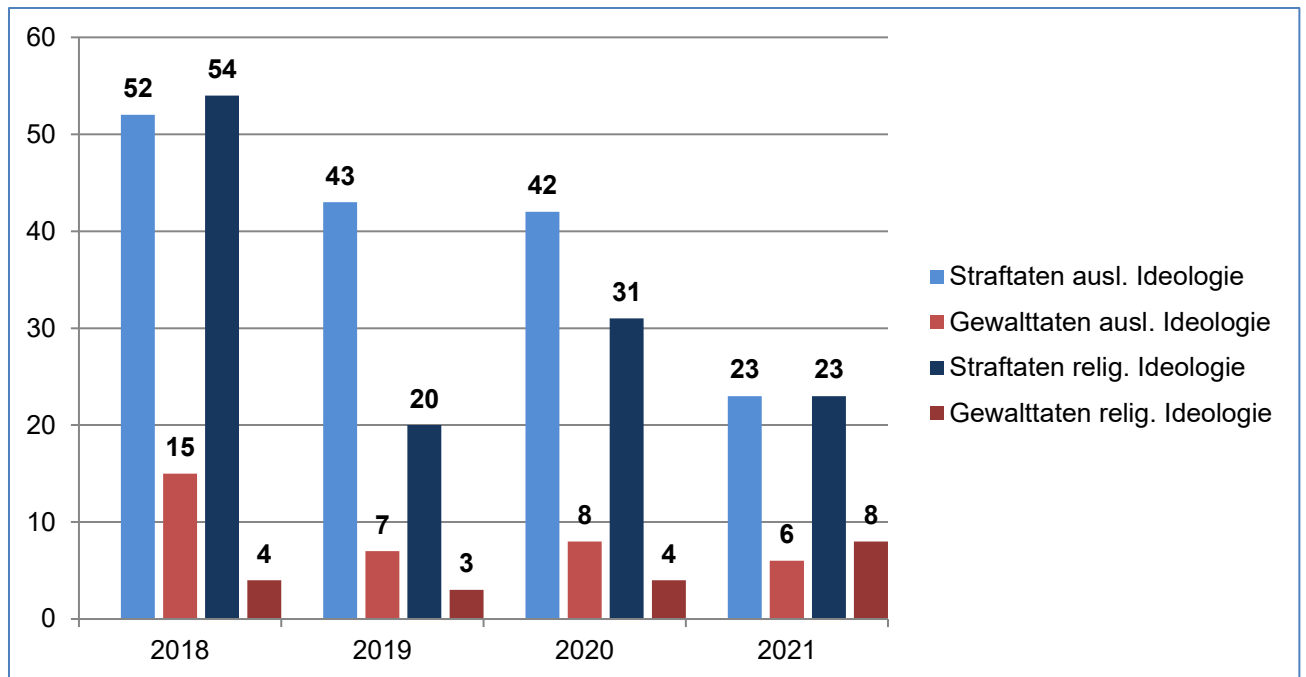
Straftaten ausländische Ideologie und religiöse Ideologie

Der seit dem Jahr 2017 als „Ausländische Ideologie“¹⁵ und „religiöse Ideologie“¹⁶ bezeichnete Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Vergleich zu den Straf- und Gewalttaten in den anderen extremistischen Phänomenbereichen im Freistaat Sachsen nur von marginaler Bedeutung. So machte dieser Bereich im Berichtsjahr weniger als zwei Prozent des Gesamtaufkommens extremistischer Straftaten aus.

Im Jahr 2021 sanken die Straftaten im Bereich ausländische und religiöse Ideologie um etwa 37 % (46 Straftaten). Die Zahl der Gewaltdelikte (14) entsprach etwa dem Niveau des Vorjahres (2020: 12).

¹⁵ Der –Phänomenbereich PMK – ausländische Ideologie – bildet ab, inwieweit im Ausland begründete nicht-religiöse Ideologien nach Deutschland hereingetragen werden und hier den Hintergrund für Straftaten bilden. Hiervon sind aus dem Ausland stammende separatistische, rechte und linke Ideologien, also sämtliche ausländische nicht-religiöse Ideologien, umfasst. Die Staatsangehörigkeit der Täter ist hierbei unerheblich (entnommen der Internetseite des Bundeskriminalamtes: www.bka.de)

¹⁶ Der PMK – religiöse Ideologie – werden Straftaten zugerechnet, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war und die Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird (entnommen der Internetseite des Bundeskriminalamtes: www.bka.de).



C. Strukturen der PKK im Freistaat Sachsen

Folgende der in Sachsen ansässigen und der PKK zugehörigen Organisationen zeigten auch im Jahr 2021 mit der Durchführung von Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen Präsenz:

- DRESDNER VEREIN DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E. V.,
- UTA FRAUENRAT DRESDEN E. V.,
- TEVGERA CIWANÊN ŞOREŞGER DRESDEN (TCŞ) und
- JXK/YXK (STUDIERENDE FRAUEN AUS KURDISTAN / VERBAND DER STUDIERENDEN AUS KURDISTAN; Teilorganisationen der PKK) – DRESDEN

D. Aktivitäten der PKK im Freistaat Sachsen

Die PKK verfolgt mit ihren Aktivitäten weiterhin eine Doppelstrategie. Während sie auf dem Gebiet der Türkei terroristische Anschläge durchführt und Anhänger für den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat mobilisiert, nutzt sie Europa vorrangig als Rückzugs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsraum. Die PKK und ihr Unterstützerkreis in Deutschland stellen sich als in der Türkei zu Unrecht verfolgte Regimegegner dar und versuchen so, ihr Ansehen zu verbessern und ihren Einfluss zu erhöhen.

Strategie und Aktionen der PKK zielen auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland ab und werden demzufolge entscheidend von der Situation in den kurdischen Siedlungsgebieten und den dortigen zentralen Organisationseinheiten geprägt.

Im Jahr 2021 bestimmten folgende Faktoren maßgeblich die Aktivitäten der PKK in Deutschland und somit auch im Freistaat Sachsen:

- das Schicksal, insbesondere die Haftbedingungen, ihres in der Türkei inhaftierten Anführers Abdullah ÖCALAN und
- das militärische Vorgehen des türkischen Staates in den kurdischen Siedlungsgebieten

Schwerpunkte der Aktivitäten in Deutschland und Europa waren dabei Demonstrationen, Kundgebungen und Informationsstände. Der PKK gelang es regelmäßig, ihre Anhängerschaft auch im Freistaat Sachsen zu mobilisieren, die den zentralen Aufrufen des KONGRESSES DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT KURDISTANS IN EUROPA (KCDK-E) und der KONFÖDERATION DER GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS IN DEUTSCHLAND E. V. (KON-MED) folgten. Unterstützt wurden die Aktivitäten durch deutsche Linksextremisten im Rahmen der „Kurdistanolidarität“ mittels Hilfe bei der Mobilisierung für Veranstaltungen, der Teilnahme daran und der Berichterstattung im Internet. Besonders in den Großstädten Dresden und Leipzig kann eine strukturelle Vernetzung der PKK mit deutschen Linksextremisten festgestellt werden.

Herausragendes Einzelereignis im Berichtsjahr war die Selbstverbrennung eines 49-jährigen PKK-Anhängers am 12. Februar in der Nähe des sächsischen Landtages in Dresden. Damit wollte der Mann gegen die Isolationshaft Abdullah ÖCALANS auf der Gefängnisinsel Imrali protestieren. Die Selbstverbrennung führte zu mehreren Folgeveranstaltungen:

- Gedenkveranstaltung am 16. Februar in Dresden, an der etwa 150 Personen teilnahmen,
- Kundgebung am 27. Februar in Dresden, die unter dem Motto „*Die Zeit ist reif – Freiheit für Öcalan*“ stand.
- Gedenkveranstaltung des DRESDNER VEREINS DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E. V., dem der Verstorbene viele Jahre angehörte, am 3. März mit ca. 300 Teilnehmern am Sarg des Verstorbenen. Der Sarg war u. a. mit Kränzen des KCDK-E und KON-MED geschmückt. Der Ko-Vorsitzende des KCDK-E wies in seiner Rede darauf hin, dass mit der Selbstverbrennung nicht nur gegen die Isolation ÖCALANS protestiert wurde, sondern gleichzeitig die Kurdinnen und Kurden in Europa für ihre Passivität kritisiert wurden.
- 121 Plakatierungen in Dresden mit Abbildern des Verstorbenen und Abdullah ÖCALANS.

Trotz der Ablehnung dieser Aktionsform machte sich die PKK die Selbstverbrennung im Nachgang propagandistisch zu eigen und betonte dabei die der Aktion zugrundeliegende politische Motivation, den Protest gegen die Isolationshaft ihres Gründers ÖCALAN.

VII. SPIONAGE UND SABOTAGE IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind zahlreiche ausländische Nachrichtendienste mit ganz unterschiedlichen Interessen aktiv. Hoch entwickelte Staaten wollen mithilfe ihrer Nachrichtendienste vor allem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb weiter Schritt halten oder sogar Wettbewerbsvorteile erzielen. Krisenländern geht es beim Einsatz ihrer Nachrichtendienste in politischer Hinsicht um die Aufklärung und Unterwanderung von Oppositionsgruppen, deren Mitglieder in Deutschland leben. In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht entwickeln diese Länder vor allem proliferationsrelevante¹⁷ Aktivitäten.

Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten vor allem seitens Russlands und Chinas galten auch im Jahr 2021 der Ausspähung und Beeinflussung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in Deutschland.

Das Portfolio eingesetzter Mittel ist vielfältig und kann von dem bereits aus der Vergangenheit bekannten Einsatz von Einflussagenten über den zielgerichteten Aufbau und die Pflege von Kontakten zu Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft, über regelrechte Propagandaoffensiven und dem damit verbundenen Versuch der Instrumentalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen bis hin zu Einflussnahmeaktivitäten in der Wirtschaft reichen.

Das LfV Sachsen hatte im Berichtsjahr keine Hinweise auf spionagerelevante Sachverhalte im Medizin- und Gesundheitsbereich (insbesondere im Zusammenhang mit Covid 19-Erkrankungen und –Behandlungen), die auf Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zurückzuführen waren.

Neben der Spionage erfordert die staatlich gelenkte Sabotage ein besonderes Augenmerk. Gemeint sind damit vor allem elektronische Angriffe, die nicht mehr nur der Informationsgewinnung, sondern auch der medialen Informationsbeeinträchtigung dienen, sowie Beeinflussungsversuche auf politischer Ebene. Insoweit handelt es sich um Fälle von Cyberangriffen, wie Cyberspionage, Cybersabotage sowie cybergestützten Einflussnahmeaktionen. Ziel dieser gegnerischen Cyberaktivitäten ist insbesondere die Kritische Infrastruktur (KRITIS) der westlichen Welt.

Der Verfassungsschutzverband sensibilisierte proaktiv potenziell Betroffene. Analysen und Handlungsempfehlungen wurden dabei in anonymisierter Form an diese verteilt, verbunden mit dem Angebot weiterer Unterstützung.

¹⁷ Die Weiterverbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendeten Güter und Technologien sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z.B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows wird als Proliferation bezeichnet.

Weitere Informationen:

- Der vollständige Verfassungsschutzbericht 2021 ist ab dem 31. Mai 2022, 13.00 Uhr, im Internet unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.
- Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Bericht darüber hinaus auch als Druckexemplar verfügbar.